



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

**Liebe Leserinnen und Leser,**

erneut werden wir Verbraucherinnen und Verbraucher von einem Lebensmittelskandal schockiert, diesmal geht es um falsch-deklariertes Pferdefleisch in Tiefkühlkost. Hektisch versucht Verbraucherschutzministerin Aigner wieder einmal, sich als konsequent handelnde CSU-Politikerin darzustellen. Und es geschieht erneut viel zu wenig. Was wir brauchen ist eine klare Kennzeichnung, woher Fleisch und Zutaten kommen. Punkt. Das ist doch ganz einfach. Außerdem müssen die Namen derjenigen Betriebe veröffentlicht werden, die solch eine Panscherei verursachen oder dulden. Die Vorschläge unserer SPD liegen auf dem Tisch – warum nutzt Aigner diese Vorschläge nicht einfach?

Angela Merkel hat am Donnerstag eine bemerkenswert leidenschaftslose Rede zu den Beschlüssen des Europäischen Rates zum EU-Haushalt gehalten. In seiner Antwort legte Peer Steinbrück die Defizite der Regierung offen. Merkels Sparpolitik führt inzwischen zur Verelendung in den südeuropäischen Staaten, und von Wachstum ist dort kaum etwas zu sehen. Sie spart Europa kaputt. Wichtig sind Wachstumsimpulse, die Einführung der Finanztransaktionssteuer, eine Reformierung des Bankensektors. Hier aber ist Merkel eine „Last-Minute-Kanzlerin“, wie Peer Steinbrück es trefflich formulierte: Sie macht zu wenig, sie laviert, sie handelt zu spät. So ist das Modell Europa nicht zu stabilisieren.

Skandalös ist auch, was sich CDU/CSU und FDP beim Armuts- und Reichtumsbericht erlaubten. Ganze Passagen wurden dort verfremdet, gekürzt, umgeschrieben. Und zwar solche, die offen legen, wie sehr das Land unter einer Gerechtigkeitslücke leidet, wie schnell große Vermögen weiter anwachsen, wie schnell Menschen ins Prekariat abzustürzen drohen. Hier soll die eigene verfehlte Sozialpolitik bürokratisch verschleiert werden!

Weitere wichtige Themen in der vergangenen Sitzungswoche waren unsere SPD-Initiativen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit, für ein besseres Wahlrecht für Menschen mit Behinderung sowie der zusammen mit Akteuren aus der Kreativwirtschaft erarbeitete SPD-Antrag „Projekt Zukunft – Deutschland 2020 – ein Pakt für die

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

Kreativwirtschaft“ und die Forderung nach europäischer Unterstützung bei der Stabilisierung des afrikanischen Staates Mali.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Johannes Pflug



Bärbel Bas



### **IMPRESSUM**

HERAUSGEBER UND V.I.S.D.P.: BÄRBEL BAS, MDB / JOHANNES PFLUG, MDB  
REDAKTION: MANUEL REIß, LIS WEY  
PLATZ DER REPUBLIK 1,  
11011 BERLIN  
DIE TEXTE KOMMEN ZUM TEIL VON DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

### **Inhaltsverzeichnis**

Seite

- 03 [Topthema: Frau Merkel als Last-Minute-Kanzlerin](#)
- 04 [Verbraucherschutz: Lebensmittelskandal](#)
- 06 [Soziales: Schwarz-Gelb verfälscht Armuts- und Reichtumsbericht](#)
- 08 [Aktuelle Stunde: Bundestag debattiert über Missbrauch von Leiharbeit](#)
- 09 [Aktuelle Stunde: Missbrauch von Werkverträgen stoppen](#)
- 10 [Innenpolitik: Wahlrecht für Menschen mit Behinderung und Analphabeten verbessern](#)
- 11 [Kultur: Ein Pakt für die Kreativwirtschaft](#)
- 12 [Aussen: Europäische Unterstützung bei der Stabilisierung Malis](#)

**TOP-THEMA**

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

### **Steinbrück: „Frau Bundeskanzlerin, Sie sind eine Last-Minute-Kanzlerin!“**

Bundeskanzlerin Merkel gab am Donnerstag eine Regierungserklärung zum EU-Gipfel ab, auf dem der Mittelfristige Finanzrahmen bzw. der Haushalt beschlossen wurde. In der anschließenden Debatte warf Peer Steinbrück der Kanzlerin die Beschönigung ihrer Europapolitik vor. Eine schrumpfende Wirtschaft und eine perspektivlose Jugend seien die Konsequenz, wenn „aus Sparen Kaputtsparen wird.“ Die Situation Europas entwickle sich zu einer Gefahr für die politische und gesellschaftliche Ordnung. Aus Repression drohe Depression zu werden. Die Krise sei „eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung“ und das „wunderbare Zivilisationsmodell Europa“ und der beschlossene EU-Finanzrahmen ein „schädliches Spardiktat“, „der andere europäische Länder zunehmend in Depression und Verelendung hineinbringt.“ Die beschlossenen Maßnahmen der europäischen Regierungschefs gegen die Jugendarbeitslosigkeit seien ein „makaberer Etikettenschwindel“. Denn von den vorgesehenen 6 Milliarden Euro würden 3 Milliarden Euro aus Einsparungen in den Sozialfonds finanziert werden. „Das ist das Prinzip linke Tasche, rechte Tasche.“ Der Kanzlerkandidat sieht großen Widerstand im EU-Parlament, denn die Regierungschefs stellten zu wenig Geld zur Verfügung, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Steinbrück machte die Unterstützung unserer SPD bei weiteren Krisenmaßnahmen von der raschen Umsetzung der Finanztransaktionssteuer abhängig. Die Einnahmen aus der Abgabe stellten dringend benötigtes neues Geld für Wachstum in Europa dar. Steinbrück: „Wir brauchen diese Steuer!“ Er ergänzte: „Es bleibt nur eine einzige Möglichkeit, nämlich dass andere diese Regierungsverantwortung übernehmen. Dazu ist die SPD bereit.“ In einem Entschließungsantrag (Drucksache 17/12387) fordern wir die Bundesregierung auf, Aufsichtszuständigkeiten und -befugnisse an die EZB nur für eine Übergangszeit zu übertragen und sobald wie möglich diese auf eine eigene Institution auszulagern. Dazu soll die Aufsicht über Kreditinstitute durch die Europäische Zentralbank befristet werden. Des Weiteren soll dafür Sorge getragen werden, dass die gemeinsame Aufsicht bei der EZB bis zur Übertragung auf eine eigene Institution strikt von der Geldpolitik und der Verantwortlichkeit der EZB für die Preisstabilität getrennt wird.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

### VERBRAUCHERSCHUTZ

#### **Lebensmittelskandal: Aigners Prüfplan lässt vieles offen**

Diesmal ist es Pferdefleisch in falsch gekennzeichneten Fertigprodukten. Und einmal mehr ist es ein handfester Lebensmittelskandal, der Verbraucherministerin Ilse Aigner (CSU) nun aber endlich dazu treibt, den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher in Angriff zu nehmen. Das zumindest suggeriert der Zehn-Punkte-Aktionsplan vom 18. Februar, den sie gemeinsam mit den Verbraucherministerinnen und -ministern der Länder verabschiedet hat. Wer sich den Aktionsplan genau ansieht merkt schnell: Von zehn Punkten sind vier lediglich Prüfaufträge. So soll die „Anforderung an die Eigenkontrollsysteme der Unternehmen auch im Hinblick auf Täuschungen und Irreführung bei Lebensmitteln“ überprüft werden. Gleiches trifft auf die Informationspflichten der Unternehmen gegenüber den Behörden zu. Auch die Einführung eines Frühwarnsystems steht nur als Prüfauftrag im Aktionsplan genauso wie schärfere Sanktionsmöglichkeiten. Betrug muss hart bestraft werden, dafür müssen die Strafverfolgungsbehörden sorgen. Die durch Verbrauchertäuschung erzielten Gewinne müssen abgeschöpft werden. Die Strafverfolgung wird einfacher, wenn die Länderschwerpunktstaatsanwaltschaften einrichten.

Die im Aktionsplan angekündigte Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen zur Verbraucherinformation, hat Frau Aigner bisher immer verhindert. Sonst dürften die Behörden die Namen und die Hersteller von pferdefleischhaltigen Produkten längst öffentlich machen. Schon die Formulierung im Aktionsplan das Verbraucherinformationsrecht jetzt „praxistauglich“ und „angemessen“ zu optimieren lässt befürchten, dass die Ministerin wieder vor der Lobby einknicken wird. Die SPD-Bundestagsfraktion hat schon vor zwei Jahren eingefordert, alle Untersuchungsergebnisse der Behörden offenzulegen. Denn nur, wenn die Hersteller befürchten müssen, dass ihre Gaunereien öffentlich genannt werden, wird sich etwas ändern. Und auch die von Aigner noch letztes Jahr abgelehnte Herkunftskennzeichnung der Zutaten in Lebensmitteln, findet sich jetzt im Aktionsplan wieder. Dabei hat sie die dahingehenden Pläne der Europäischen Union bisher blockiert. Unsere SPD-Bundestagsfraktion fordert eine Kennzeichnung der Herkunft von Fleisch auch als Zutat in Fertiggerichten.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

Die Rückverfolgbarkeit ist notwendig, um Betrüger in der Lebensmittelbranche entlarven zu können. Die Lieferkette muss für Kontrolleure transparent sein, und zwar über die gesamten Handelsstufen hinweg. Hinweise von Beschäftigten im Bereich der Lebensmittelindustrie unterstützen die Aufdeckung von Lebensmittelskandalen, deshalb müssen sie als Hinweisgeber oder Whistleblower rechtlich geschützt werden. Das hatte Aigners Amtsvorgänger Seehofer bereits in der letzten Wahlperiode vor dem Hintergrund des Gammelfleischskandals zugesagt, doch die Lobby hat dieses Gesetzentwurf kassiert. Die SPD-Fraktion hat sich immer wieder dafür eingesetzt und Vorschläge ins Parlament eingebracht. Damit die Lebensmittelaufsicht auch in Zeiten knapper Kassen gut aufgestellt ist, muss sie kostendeckende Gebühren erheben. Das haben die Regierungsparteien in Niedersachsen auf Vorschlag der SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Das sollte Schule machen und in weiteren Bundesländern verankert werden.

In der Debatte über den Verbraucherpolitischen Bericht 2012 der Bundesregierung forderte die verbraucherpolitische Sprecherin unserer SPD-Fraktion, Elvira Drobinski-Weiß, eine grundlegende Neuausrichtung. Dazu gehöre, dass der Verbraucherschutz aufgrund der Interessenkonflikte mit der Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft ein eigenständiges Ressort erhalte. Es müsse endlich Markttransparenz geschaffen und das ungleiche Verhältnis zwischen Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern auf gleiche Augenhöhe gebracht werden. Die Bundesregierung interessiere sich nicht für die Verbraucher; das zeige auch der Verbraucherpolitische Bericht, der keine Bilanz präsentiere, sondern geschönt sei. Die Regierung habe keine verbraucherpolitische Strategie. Eine Analyse der Schwächen sei notwendig sowie Regulierungen der Märkte. Die Politik müsse auf den realen Verbraucher ausgerichtet werden. Dazu will die SPD-Fraktion auch die Verbraucherschutzforschung stärken, um zu wissen, wie die Verbraucherinnen und Verbraucher wirklich ticken. Ein Verbraucher-Check soll die Auswirkung von Gesetzen auf Verbraucherinnen und Verbraucher überprüfen. Die SPD-Fraktion habe ein Gesamtkonzept. Die Regierung habe die Gelegenheit, den beiden Anträgen (Drucksache 17/2343, 17/8922) zuzustimmen und damit für die Verbraucher einen anderen, sicheren, transparenten und verbraucherfreundlichen Markt zu unterstützen.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)





## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

### SOZIALES

#### **Schwarz-Gelb verfälscht Armuts- und Reichtumsbericht**

Die erste Fassung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts aus dem Arbeits- und Sozialministerium erreichte am 19. September 2012 durch einen ersten Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ die Öffentlichkeit. Offensichtlich gab es im Hause von Frau von der Leyen Befürchtungen, dass ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen, allen voran die der FDP, den Bericht so nicht würdigen stehen lassen. Denn diese erste Fassung enthielt Bewertungen mit einem kritischen Blick auf die soziale Lage und die Lebensverhältnisse in Deutschland. Die zweite Entwurfsfassung vom 21. November 2012, die dem wissenschaftlichen Beraterkreis und Verbänden vorgelegt wurde, ist bereinigt und geschönt. Andere Ressorts und vor allem das FDP-geführte Wirtschaftsministerium haben sich offenbar ihre eigene Wirklichkeit zusammengestrichen und den Bericht frisieret. Das Kabinett wollte den verfälschten 4. Armuts- und Reichtumsbericht eigentlich am 19. Dezember vergangenen Jahres beschließen, dann wurde es Januar, und jetzt heißt es, er solle am 6. März beraten werden. Am 21. Februar hat der Bundestag über den Umgang der Bundesregierung mit dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht heftig debattiert.

Unser SPD-Parteichef Sigmar Gabriel warf der Bundesregierung vor, mit ihrer Fälschung des Armuts- und Reichtumsberichts den „bürgerlichen Wert“ der Wahrhaftigkeit mit Füßen zu treten. Er erinnerte an Vizekanzler und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der die an die Öffentlichkeit gelangte erste Fassung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts von Ministerin von der Leyen (CDU) als „Unsinn“ bezeichnet hatte und auf die Ressortabstimmung verwies - was die Kanzlerin als Suche nach dem gemeinsamen Standpunkt unterstützte. „Der Bericht fordert keinen Standpunkt, sondern er sagt, was los ist. Die Wirklichkeit kann man nicht ressortabstimmen,“ sagte Gabriel. Damit enthalte die Regierung der Öffentlichkeit Informationen zur sozialen Wahrheit vor. Das komme „einer Entmündigung der Staatsbürger“ gleich, die sich eigentlich in „totalitären Staaten“ wiederfinde. Wenn der Lebensalltag von Menschen ausgeblendet werde, schade das der Demokratie, machte Gabriel klar. Denn sie erlebten eine „politische Fälscherwerkstatt“, die in

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

der Regierung am Werke sei. Ministerin von der Leyen habe mit der ersten Fassung Mut gezeigt, sei aber „mundtot“ gemacht worden, fügte Gabriel hinzu.

In der ersten Fassung des Berichtes gehe es um die neue soziale Frage, wie die Lasten des Gemeinwohls gerecht verteilt werden könnten. Dazu trügen der Mindestlohn von 8,50 Euro genauso bei wie Korrekturen bei der Leiharbeit und Investitionen in die Bildung. „Es kann nicht sein, dass „Menschen, die voll arbeiten, zum Sozialamt gehen müssen“, sagte unser SPD-Parteichef. Der Bericht nennt dazu eindeutige Zahlen: Sechs Millionen Menschen arbeiten heute für weniger als 8 Euro in der Stunde. 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Arbeitsverträge, die heute geschlossen werden, sind zu 50 Prozent befristet. Frauen verdienen noch immer fast ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. 12 Millionen Menschen in Deutschland leben an oder jenseits der Armutsgrenze. „Arm trotz Arbeit – das ist das Problem“, sagte Gabriel.

Es sei nicht mehr Leistung, die zum Aufstieg führe, sondern Beziehungen, Herkunft und Erbschaften, stellte Gabriel fest. Lohnuntergrenzen, die jeweils ausgehandelt würden, seien eine Mogelpackung und nicht das Gleiche wie ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn, wie wir von der SPD ihn fordern. Es gehe nicht nur um die Höhe des Lohns, sondern „um den Wert und die Würde von Arbeit“. „Sozial ist nicht, was Arbeit schafft. Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann“, sagte Gabriel.

Die erste Fassung des Berichts enthielt u. a. die Schlussfolgerung, dass große Vermögen in die Finanzierung öffentlicher Aufgaben stärker einbezogen werden müssen, doch diese Passage hat die Regierung gestrichen. Anstatt dessen schlägt sie vor zu prüfen, wie Spenden von Vermögenden eingeworben werden können. Das heißt, sie will notwendige Einnahmen des Staates vom goodwill reicher Leute abhängig machen. Sigmar Gabriel machte deutlich, dass die SPD die Steuern für einige erhöhen werde, damit die „normalen Menschen“ nicht alles bezahlen müssten. Herkunft dürfe nicht über die Chancen von Menschen bestimmen. „Dafür braucht das Land eine neue Regierung“, schloss Gabriel.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

### AKTUELLE STUNDE

#### **Bundestag debattiert über Missbrauch von Leiharbeit**

Der Umgang mit Leiharbeitnehmern bei Amazon ist keine Ausnahme, sondern Ausdruck einer Unordnung am Arbeitsmarkt – mit Niedriglöhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und unsicherer Beschäftigung. Am Mittwoch diskutierte der Bundestag auf Antrag der SPD über Konsequenzen aus der Schikane von Leiharbeitnehmern beim Online-Versandhaus Amazon. In der Debatte machten die Rednerinnen und Redner der SPD-Fraktion deutlich: Die durch Medienberichte bekannt gewordene, untragbare Ausbeutung und Menschenschinderei bei Amazon ist kein Einzelfall. Sie ist „die Spitze des Eisberges der Prekarisierung am Arbeitsmarkt“, wie es der SPD-Politiker Klaus Barthel formulierte.

Die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anette Kramme, schlug in die gleiche Kerbe und kritisierte die schwarz-gelbe Bundesregierung dafür, die Größe des Problems herunterzuspielen. „Es gibt keine Bereitschaft anzuerkennen, dass hinter diesen Praktiken Methoden stehen, die den ganzen Arbeitsmarkt immer wieder beeinträchtigen, vor allem im Niedriglohnsektor“. Die SPD-Sozialpolitikerin Gabriele Lösekrug-Möller kritisierte, Bundesarbeitsministerin von der Leyen wende in solchen Fällen zunächst immer das Prinzip der „größtmöglichen Empörung“ an, um „im nächsten Akt“ alles als Einzelfall zu deklarieren und sich dadurch als Gesetzgeber aus der Verantwortung zu stehlen. Schwarz-Gelb sei nicht einmal bereit, die Europäische Leiharbeitsrichtlinie konsequent umzusetzen, geschweige denn für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu sorgen.

Für die SPD-Fraktion steht fest: Beim Missbrauch von Leiharbeit und der Ausbreitung von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung handelt es sich um ein „strukturelles Problem“. Deshalb kann die Konsequenz aus dem Amazon-Skandal auch nur in einer neuen Ordnung am Arbeitsmarkt bestehen. Dazu gehören der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ beim Stammpersonal und der Leihbelegschaft, die Eindämmung von Befristungen, der Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Maßnahmen gegen den Missbrauch von Werkverträgen und Minijobs sowie der gesetzliche Mindestlohn.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)





## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

### **Missbrauch von Werkverträgen stoppen**

Schlachtereien, Lebensmitteldiscounter und Paketzusteller – in zahlreichen Branchen nimmt die Zahl der Beschäftigten zu, die nicht der Stammebelegschaft angehören, sondern einen Arbeitsvertrag bei einer Drittfirma besitzen. Zwar haben Werkverträge in unserer arbeitsteiligen Gesellschaft eine lange Tradition, jedoch werden sie zunehmend von Arbeitgebern genutzt, um die Personalkosten zu reduzieren: Gruppen von Arbeitnehmern oder Solo-(Schein)Selbstständige werden als Fremdpersonal in Unternehmen neben der eigentlichen Stammebelegschaft eingesetzt. Die Folgen: Lohn- und Sozialdumping, mangelnder sozialer Schutz der Beschäftigten und die Umgehung der Mitbestimmung. Kaum ist die Leiharbeitsbranche durch europäische Vorgaben etwas besser reguliert und ein Mindestlohn für Leiharbeitnehmer eingeführt, missbrauchen Arbeitgeber Werk-, Dienst-, oder Geschäftsbesorgungsverträge nicht nur als Instrument der Personalflexibilisierung, sondern vor allem zur Reduzierung von Lohnkosten.

Diesem Missbrauch muss begegnet werden. In einem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der klare Kriterien zur Abgrenzung zwischen Leiharbeit und Werkverträgen im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) beinhaltet, die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte für Fremdpersonal in den Unternehmen ausweitet und Sanktionen bei Missbrauch festschreibt. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen in den gesetzlichen Regelungen klarer fassen, was ein echter und was ein Schein-Werkvertrag ist, und die Sanktionen bei falscher Etikettierung verschärfen. Auch Schein-Selbständigkeiten sollen klarer definiert werden. Sofern kein eigenständiges Werk erstellt wird und das Werkvertragsunternehmen in den regulären Produktionsablauf eingebunden ist, handelt es sich um „Scheinwerkverträge“, die unterbunden werden müssen. Betriebsräte sollen mehr Informations- und Mitbestimmungsrechte bei der Personalplanung und beim Personaleinsatz bekommen. Zudem soll ein branchenunabhängiger gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,50 Euro eingeführt werden. Die Bundesregierung soll ein Gutachten über Lohndumping durch den Einsatz von Fremdpersonal in Auftrag geben.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

### INNENPOLITIK

#### **Wahlrecht für Menschen mit Behinderung und Analphabeten verbessern**

Augenblicklich sind in Deutschland Menschen mit Behinderungen, die in allen Angelegenheiten einen Betreuer oder eine Betreuerin haben, vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das verstößt gegen Ziele der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, die seit 2009 auch in Deutschland geltendes Recht ist. Wenn Menschen mit Behinderung rundum betreut werden, lässt das noch lange keine Rückschlüsse auf ihre tatsächliche Einsichts- und Wahlfähigkeit zu. Deshalb fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung in einem Antrag (Drucksache 17/12380) auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der Menschen mit Behinderungen, die in allen Angelegenheiten betreut werden, und Menschen, die aufgrund strafrechtlicher Anordnung in einer psychiatrischen Einrichtung untergebracht sind, nicht mehr von Bundestags- und Europawahlen auszuschließen.

Eine weitere Personengruppe ist bei Wahlen benachteiligt – die Analphabeten. In Deutschland leben etwa 7,5 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter, die von funktionalem Analphabetismus betroffen sind. Davon können zwei Millionen nur einzelne Wörter lesen und schreiben. Sie haben zwar das Wahlrecht, können es aber häufig ohne fremde Hilfe nicht eigenständig ausüben. Ihnen das Wählen zu erleichtern, ist auch Ziel des Antrages. Deshalb sollen bei künftigen Wahlen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament die Stimmzettel neu gestaltet werden. Neben dem Namen des Kandidaten oder der Kandidatin soll ergänzend sein beziehungsweise ihr Bild abgedruckt werden und neben dem Namen der Partei das Parteisymbol.

Außerdem fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, unverzüglich die in ihrem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossene Studie zur aktiven und passiven Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Wahlen zum Abschluss zu bringen und die von ihr angekündigten Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der Partizipation vorzulegen.

### KULTUR

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

### **Ein Pakt für die Kreativwirtschaft**

Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Prosperität in unserem Land hängen wesentlich von den maßgeblichen Ressourcen Innovationskraft und Kreativität ab. Herausragende Innovationen und kreative Ideen wirken in unsere Gesellschaft hinein und verändern sie. Doch gerade Kreative sind von massiver sozialer Unsicherheit bedroht, von prekären Arbeitsbedingungen, Ausbeutung und unsicherer Zukunft. Am Freitag haben wir von der SPD-Fraktion darum unseren Antrag „Projekt Zukunft – Deutschland 2020 – ein Pakt für die Kreativwirtschaft“ in den Bundestag eingebracht. Unser SPD-Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier präsentierte den Kreativpakt und erklärte die wesentlichen Ergebnisse und Forderungen des Antrags. Der Kreativpakt wurde von unserer SPD-Fraktion initiiert und mit Wissenschaftlern und Kreativen aus allen kulturellen Bereichen ausgearbeitet. In dem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung u. a. auf:

- ein Gesamtkonzept für die Förderung der Kreativwirtschaft vorzulegen, welches die komplexen Erwartungen und Bedürfnisse der Kreativwirtschaft – orientiert an den Vorschlägen des Kreativpaktes zu den Bereichen Urheberrecht, soziale Sicherung, Bildung, Netzpolitik sowie Kultur- und Wirtschaftsförderung – berücksichtigt und damit dieser Branche die politische Aufmerksamkeit zuteil werden lässt, die sie aufgrund ihrer Bedeutung verdient;
- einen mit den Ländern abgestimmten Bericht zur Kultur- und Kreativwirtschaft vorzulegen, um die Potenziale, Chancen und Trends besser als bisher einschätzen zu können und auf dieser Grundlage ein zwischen Kommunen, Ländern und Bund abgestimmtes, koordiniertes und wirksames Handeln zu ermöglichen;
- die Chancen und Potenziale dieser dynamisch wachsenden Branche zu fördern und nicht – wie die aktuelle Bundesregierung – zu verspielen;

Alle weiteren Forderungen in den Teilgebieten sind im Antrag auf [www.spdfraktion.de/kreativpakt](http://www.spdfraktion.de/kreativpakt) nachzulesen. Dort findet sich auch der Film.

**AUSSEN**

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)



## BERLIN AKTUELL...

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas und Johannes Pflug  
(Ausgabe III/2013 – 25.02.2013)

### **Europäische Unterstützung bei der Stabilisierung Malis**

Im Frühjahr 2012 gelang es islamistischen Kräften, weite Teile des Nordens Malis unter ihre Kontrolle zu bringen. Seitdem hat sich die humanitäre Lage in der Region enorm zugespitzt. Mehr als 350.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen und befinden sich auf der Flucht. Vor diesem Hintergrund hat der VN-Sicherheitsrat am 20. Dezember 2012 mit der Resolution 2085 eine Internationale Unterstützungsmission in Mali unter afrikanischer Führung (AFISMA) ermächtigt, die territoriale Integrität Malis mit allen erforderlichen Mitteln wieder herzustellen. Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen werden aufgefordert, AFISMA zu unterstützen.

Am 19. Februar hat das Bundeskabinett die Entsendung von Bundeswehrsoldaten nach Mali beschlossen. Beide Anträge sind durch VN-Resolutionen gedeckt und werden daher voraussichtlich auch im Bundestag auf breite Zustimmung stoßen. Die Abstimmung ist für Ende Februar/Anfang März zu erwarten; die 1. Lesung fand am Mittwoch statt. Zum einen geht es um die deutsche Beteiligung an der EU-geführten militärischen Ausbildungsmission EUTM Mali. Deutschland wird mit ca. 40 Ausbildern und einer etwa gleich großen Zahl an Sanitätskräften vertreten sein. Anfang April soll EUTM Mali seine Arbeit aufnehmen. Das zweite Mandat sieht die Entsendung deutscher Soldaten zur Unterstützung der Internationalen Unterstützungsmission AFISMA vor. Dabei geht es schwerpunktmäßig um eine entsprechende Unterstützung von AFISMA durch Lufttransport und Luftbetankung französischer Streitkräfte im Rahmen von Unterstützungsoperationen für AFISMA.

Entscheidend ist für uns auch ein breit angelegter politischer Prozess, der vor allem auch den Dialog zwischen der Regierung in Bamako und den Bevölkerungsgruppen des Nordens beinhaltet und sie in einen Aussöhnungs- und Friedensprozess einbindet. Humanitäre Hilfe und die Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit sind ebenfalls von besonderer Dringlichkeit, um eine Hungerkatastrophe im kommenden Jahr zu verhindern. Dies wird nur gelingen, wenn die Menschen möglichst bald wieder zurück in ihre Heimat können, um vor Beginn der Regenzeit die Felder zu bestellen.

[www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de)  
[www.baerbel-bas.de](http://www.baerbel-bas.de)